

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 76 (1996)
Heft: 9

Rubrik: Positionen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ulrich Pfister

SOMMERLICHES ZWISCHENSPIEL

Ein Samstag im August. In Zürich erlebten Hunderttausende die Street Parade, ein Riesenspektakel ekstatischer Musik und exhibitionistischer Tänze, das eine puritanische Fernsehjournalistin Tage zuvor noch hilflos als Demonstration zu hinterfragen suchte, deren gesellschaftskritische Dimension völlig dem Kommerz zum Opfer gefallen sei. Was soll's? Es ist doch gerade der Charakter einer derartigen Festivität, dass sie einen Kontrapunkt setzt zur Politik, dass sie den Alltag hinter sich lässt und allenfalls Botschaften transportiert – «Friede, Freiheit, Liebe und Toleranz» –, die sich auf ein Lebensgefühl und nicht auf irgendeine politische Realität beziehen.

Derweil sammelten sich im Bündnerland einige Unentwegte zu einer Tageswanderung, deren Anlass ein bedeutendes Kapitel eidgenössischer Politik war. Ziel der beiden losen Kolonnen, die von Vrin und von Sumvitg aufbrachen, war die Greina-Hochebene, die einst vorgesehen war für einen grossen Stausee zur Stromerzeugung, die dann aber dank den Bemühungen vieler Kreise als einzigartige Landschaft von archaischer Monumentalität und herber Schönheit unter Schutz gestellt worden ist. Zum politischen Exempel wurde die Greina durch die Entschädigung an die Gemeinden für den ihnen entgangenen Ertrag der Wasserkraftnutzung. Es hat lange gedauert, bis dieser Gedanke Fuss fassen konnte, dass auch der Verzicht auf diese Nutzung im Interesse des Landschaftsschutzes eine Leistung darstellt, und zwar nicht nur abstrakt zugunsten der Umwelt, sondern durchaus konkret bezogen auf die Nachfrage der «Unterländer». Und es hat nochmals einige Zeit benötigt, bis nach dem Volksentscheid für die entsprechende Revision des Gewässerschutzgesetzes die Modalitäten dieser Entschädigung festgelegt werden konnten.

Nun war es soweit, und damit konnte den beiden Gemeinden auch endlich die Spende von einer Million Franken zur Erhaltung dieser Kulturlandschaft überreicht werden, die der Stiftung für Landschafts-

schutz vor einigen Jahren treuhänderisch anvertraut worden war. Der feierliche Akt fand auf der Greina statt; wer dabei sein wollte, musste einige Stunden Wegs unter die Füsse nehmen, ausser einigen Pferden gab es kein anderes Verkehrsmittel. Muss man es damit erklären, dass neben den Behördenvertretern der beteiligten Gemeinden und einigen Dutzend Einheimischen die auswärtigen Gäste fast an den Händen abzuzählen waren. Zwei eidgenössische Parlamentarier in offizieller Funktion, ein Bundesamtsdirektor, vereinzelte Journalisten liessen knapp erahnen, dass es sich nicht nur um eine Gemeindeangelegenheit handelte. Die Kantonsregierung war nicht vertreten, sie hatte bei der Verteilung der Bundesgelder ihre Begehrlichkeit stark einschränken müssen.

In den nationalen Medien war der Anlass gerade noch eine Meldung wert. Von Aktiven aus der Zeit der grossen Auseinandersetzungen bekam man zu hören, wie intensiv – und wie hilfreich – damals das Interesse der Medien gewesen sei. Aber wenn dann endlich ein – recht schwieriger – Konsens unter den Beteiligten und eine zukunftsweisende Lösung auch für andere Fälle erzielt worden sei, verliere das Thema seine Attraktivität. Der leise Vorwurf lässt sich nicht einfach abweisen. Man ertappt sich beim Gedanken, wie eine Einweihungsfeier für ein Kraftwerk ausgesehen hätte. Und man fragt sich, warum solche Gelegenheiten, mit eindrücklicher Symbolik staatspolitische Prozesse anschaulich zu machen, nicht besser genutzt werden.

Und doch: Der währschaftreiche Marsch und die einfache, würdige Feier im Kreis der direkt betroffenen Gemeinden waren nicht nur exklusiver, sondern auch von politisch nachhaltigerer Bedeutung als die Street Parade, die wir verpasst haben. Und sie gaben Anlass zu Reflexionen über die politische Betriebsamkeit und deren mediale Orchestrierung, die derzeit von lärmendem Pessimismus künden und von zukunftsgerichteten, wertstiftenden Aktivitäten kaum mehr Notiz nehmen. ♦

Albert A. Stahel

RUSSLAND: EINE BERUFSARMEE?

In der Duma, dem russischen Unterhaus, und in der Regierung der Russischen Föderation wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt intensiv über die Reform der Streitkräfte diskutiert. Sowohl bekannte Abgeordnete der Duma – zu diesen gehörte der ehemalige Kommandant der 14. Armee in Transnistrien, Generalleutnant *Lebed*, jetzt Sekretär des Sicherheitsrates und Berater des Präsidenten in Sicherheitsfragen – wie auch *Jelzin* und sein Regime sind sich einig: Die Zukunft der russischen Streitkräfte liegt in der Aufstellung einer Berufsarmee. Dieser Absicht setzen noch einige Vertreter der Generalität Widerstand entgegen. Ihr Hauptaugenmerk ist immer noch auf die Nato, den Feind des kalten Krieges, gerichtet. Für deren Abschreckung und Bekämpfung müsste Russland über eine grosse Landstreitmacht mit Panzern und Artillerie verfügen.

Worin aber lägen die Vorteile einer Berufsarmee? Eine solche wäre sehr teuer. Russland fehlen aber heute eindeutig die finanziellen Mittel für die Bildung einer Berufsarmee. Des weiteren bestehen in Russland die Traditionen und damit die gesellschaftspolitischen Voraussetzungen für eine Berufsarmee nicht. Das gegenwärtige System der Wehr-

pflicht gilt seit der Zeit der Revolution. Auf eine Armee kann Russland aber nicht verzichten, denn das Riesenland ist an seiner Peripherie mit einer Vielzahl von Konflikten konfrontiert, die nur mit Hilfe einer Armee in Schach gehalten werden können. Diese Konflikte und Kriege dürften die wesentlichen Gründe für die Forderung nach der Bildung einer Berufsarmee sein. Nur mit einer Berufsarmee kann schnell auf den Ausbruch kleiner Kriege reagiert und Peacekeeping à la Russe betrieben werden. Gleichzeitig könnte sich mit einer Berufsarmee das Regime von Jelzin auch des innenpolitischen Widerstandes gegen Einsätze in diesen Kriegen entledigen. Ohne Rücksicht auf den Widerstand der Soldatenmütter könnten jederzeit im nahen Ausland – Abchasien oder Tadzhikistan – Einsätze durchgeführt werden. Auch ein Einsatz im Baltikum wäre möglich. Einen solchen halten gewisse Kreise für den Fall eines Nato-Beitrittes der baltischen Staaten für gerechtfertigt. Die Berufsarmee, deren Einsätze durch die Duma nicht mehr kontrolliert würden, wäre das geeignete Mittel für den gegenwärtigen aussen- und innenpolitischen Kurs des Jelzin-Regimes und damit für eine allfällige Wiedererrichtung des alten Imperiums. ♦

Pavlos Tzermias

NEUE POLITISCHE ÄRA IN HELLAS

Von Andreas Papandreou zu Kostas Simitis

Mit dem Tod *Andreas Papandreous* in den frühen Morgenstunden vom 23. Juni 1996 ist Griechenland in eine neue politische Periode eingetreten, die von den Griechen meistens als Nach-Andreas-Epoche bezeichnet wird. Gemeint ist damit nicht nur ein Wechsel im Regierungslager, sondern überhaupt eine Wende im postdiktatorischen Hellas.

Die Wende kam nicht gerade überraschend: Am 20. November 1995 war Ministerpräsident Andreas Papandreou schwer erkrankt ins Spital eingeliefert

worden. Am 15. Januar 1996 unterzeichnete er eine Erklärung, die als Demission vom Amt des Premiers interpretiert wurde, obwohl sie das Wort «Rücktritt» nicht enthielt. Am 18. Januar 1996 wählte die Parlamentsfraktion der regierenden Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PASOK) Professor *Kostas Simitis* zum neuen Regierungschef. Papandreou blieb PASOK-Präsident. Wieder heimgekehrt, bereitete sich der 77jährige Politiker darauf vor, dem auf Ende Juni 1996 festgesetzten 4. Parteikongress der PASOK beizuhören. Sein Tod vereitelte diesen Plan.

Nicht gerade überraschend kam die Wende auch wegen Wandlungen in der politischen Landschaft des Landes, die sich schon 1993 und 1994 bemerkbar gemacht hatten. Der Autor des vorliegenden Beitrags beschrieb diese Wandlungen seinerzeit in den «Schweizer Monatsheften» (74. Jahr / Heft 2, S. 16) wie folgt: «Vieles spricht dafür, dass ein grosser Teil des Volkes von der gesamten politischen Klasse genug hat... Bisher hat sich der Trend zum politischen Paternalismus, eine belastete Hypothek der Vergangenheit, als besonders stark erwiesen. Es gibt indes auch nicht wenige Griechen und Griechinnen, die der Ansicht sind, dass Griechenland von – wirklichen oder vermeintlichen – Charismatikern Abschied nehmen, seine freiheitliche Demokratie vertiefen, die Beteiligung des Volkes an Entscheidungen fördern und die Bevormundung durch Paternalisten dieser oder jener Art abschütteln sollte.»

Ein Charismatiker in hohem Masse

Der Übergang von Papandreu zu Simitis kündigt eine Änderung in dieser Richtung an. Papandreu war ein Politiker, der das Charisma im Sinne der diesbezüglichen Analyse des Soziologen Max Weber in hohem Masse besass. Wegen des stark abstrahierenden, wertfreien Weberschen Kriteriums können als Charismatiker die unterschiedlichsten Gestalten der Geschichte betrachtet werden. Das Spektrum reicht etwa von einem William Ewart Gladstone bis zu einem Adolf Hitler. Selbstverständlich wäre ein Vergleich Papandreous, welcher der Metaxas-Diktatur (1936–1941) und der Militärjunta (1967–1974) die Stirn bot, mit Hitler völlig unangebracht. Ein Charismatiker war er dennoch. Der im persönlichen Gespräch nüchtern wirkende ehemalige Wirtschaftsprofessor an angesehenen USA-Hochschulen verstand es, mit feuriger Rhetorik die Volksmassen zu begeistern. Seine Anhängerschaft war mit ihm in einer oft irrational anmutenden Ergebenheit verbunden.

Papandreous Charisma wurde evident, als die von ihm am 3. September 1974 ins Leben gerufene PASOK am 18. Oktober 1981 einen einrucksvollen Wahlsieg errang und an die Macht kam. In den zwei letzten Jahren ihrer ersten Regierungsära (1981–1989) machte die PASOK zwar eine grosse Krise durch, die unter anderem mit dem Skandal um den «falschen Krösus» Giorgos Koskotas und dem Verhältnis Papandreous mit seiner späteren Ehefrau Dimitra (geb. Liani) zusammenhing; dazu kam, dass sich der PASOK-Führer 1988 einer schweren Herzoperation unterziehen musste. Nichtsdestoweniger gelang Papandreu – und dies demonstrierte erneut die Potenz seines Charismas – bei den Parlamentswahlen vom 10. Oktober 1993 ein beeindruckendes Comeback. Dieses war allerdings auch eine Absage an die teils konservative, teils liberale Nea Dimokratia,

die als Regierungspartei (1990–1993) wegen gewaltiger Abnützungs- und Krisenerscheinungen weitgehend ineffizient blieb.

Zwischen Vision und Realität

Andreas Papandreous Aufstieg zur Macht begann eigentlich schon in den sechziger Jahren. Damals profilierte er sich im Schosse der von Georgios Papandreu (1888–1968), seinem Vater, geleiteten Zentrumsunion als «unerschrockener Kämpfer gegen das Establishment». Andreas, wie ihn seine Getreuen nannten, teils um ihn von seinem Vater zu unterscheiden, teils um ihre persönliche Sympathie zu bekunden, wurde seitens der Krone, der Militärs und rechtsradikaler Politiker verteufelt. Längerfristig kam dies dem Dämonisierten zugute. Später warfen ihm die Kritiker vor, als PASOK-Präsident sei er lediglich ein «Volksverführer», er glaube gar nicht an die von ihm verkündete Vision eines anderen Griechenland. Diese Charakterisierung war zu eindimensional, um seiner komplexen Persönlichkeit ganz gerecht zu werden. In seiner ersten Regierungsperiode betätigte sich der PASOK-Präsident bald als Visionär, bald als Pragmatiker. Der Volksverführer huldigte der Vision, der Volksführer schickte sich in die Realität. Zu den positiv zu würdigenden PASOK-Reformen zählt die faktische bzw. rechtliche Rehabilitierung jener zahlreichen Griechen, die lange Zeit wegen des Bürgerkriegs sozusagen als Bürger zweiter Klasse gegolten hatten. Während seiner zweiten Regierungsperiode (1993–1996) verfolgte Papandreu einen alles in allem gemässigten Kurs, der sich eigentlich nicht stark von demjenigen unterschied, den die Nea Dimokratia als Regierungspartei eingeschlagen hätte.

Das Erstaunliche bei Papandreu war, dass er gleichzeitig ein scharfsinniger, kühl urteilender politischer Analytiker und ein fulminanter Volkstribun war. Der Schreibende erlebte ihn wiederholt in beiden Rollen. So etwa im November 1968 in einem Zürcher Hotel, als er in einem Kreis von lediglich vier Personen leidenschaftslos die Ziele des Widerstands gegen die in Griechenland herrschenden Diktatoren darlegte, aber auch im selben Monat in der Universität Zürich, als er auf Einladung der Liberalen Studentenschaft das zahlreich erschienene Publikum mit kämpferischen Parolen in Begeisterung versetzte. Hier war der Animator der Seelen zu hören, während im Hotel jener Intellektuelle sprach, von dem Walter Scheel zwölf Jahre später nach einem Treffen in Athen sagte, er teile dessen Ansichten nicht, aber Papandreu sei zweifellos ein hervorragender Politiker. Andreas Papandreu war am 21. April 1967, also bereits am Tag der Errichtung der Diktatur in Griechenland, verhaftet worden. Unter dem Druck der internationalen Öffentlichkeit erlaubten ihm die

Machthaber im Januar 1968, das Land zu verlassen.

Ein Antipode als Nachfolger

Kostas Simitis, der am 30. Juni 1996 am 4. Parteikongress der PASOK auch zum Präsidenten der «Bewegung» gewählt wurde, ist, wie Papandreu, ein ausgezeichneter politischer Analytiker. Doch ein Volkstribun ist er nicht. Für die PASOK bedeutete seine Wahl in doppelter Hinsicht eine tiefe Zäsur. Erstmals seit ihrem Bestehen praktizierte die «Bewegung» eine nicht vom Paternalismus verwässerte demokratische Prozedur. Zudem wurde mit Simitis sozusagen ein Antipode Papandreous gewählt. Zwar zählt der neue Ministerpräsident Griechenlands zu den Mitgründern der PASOK. Er war indes stets gewissermassen ein Fremdkörper in den Reihen der «Bewegung».

Während der Athener Militärdiktatur gehörte Simitis der Widerstandsgruppe «Demokratische Verteidigung» («Dimokratiki Amyna») an. Zu einem guten Teil ging diese Organisation aus einem politischen Kreis hervor, der vor der Machtergreifung der Militärjunta den Namen «Verein Alexandros Papanastasiou» trug. *Alexandros Papanastasiou* (1876–1936) war ein angesehener Staatsmann, der zuerst dem Lager der Liberalen unter *Eleftherios Venizelos* (1864–1936) angehörte und später eine eigene Partei gründete, die unter dem Einfluss sozialpolitischer Strömungen in Deutschland (Katheder-Sozialisten) stand. Die Provenienz Simitis' aus diesem Kreis weist auf ein liberales Element hin, das in seinem Denken stets eine Rolle spielte. Als 1969 mehrere Mitglieder der «Dimokratiki Amyna» verhaftet wurden, musste Simitis seine Heimat illegal verlassen. Während eines kurzen Aufenthalts in Zürich erklärte er dem Schreibenden, er stehe nun mit der von Andreas Papandreu im Exil ins Leben gerufenen «Panhellensischen Befreiungsbewegung» (PAK) in Verbindung. Er machte allerdings kein Hehl daraus, dass er mit Papandreu nicht in allem einverstanden sei.

Simitis benützte nie die radikale Rhetorik, welche die PASOK in der Zeit der Opposition (1974–1981) und zum Teil auch in ihrer ersten Regierungsperiode verwendete. Er war auch nie bereit, sich dem Diktat des autoritären PASOK-Führers vorbehaltlos zu unterziehen. In manchem Fall geriet er deswegen mit Papandreu, dessen Umfeld und den Partei-Apparatschiks in Konflikt. Simitis ist ein Mann der verhaltenen Töne, der die Demagogie nicht liebt. Er versucht, der «Bewegung» neue ideologisch-politische Inhalte zu geben. So spricht er zum Beispiel gerne von einer Partei der Kentroaristera, des Zentrums und der Linken. Doch er macht es behutsam, weil es

in der PASOK immer noch Kräfte gibt, welche die linkssozialistische Rhetorik lieben.

Umwälzung im ganzen politischen Spektrum?

Demoskopische Untersuchungen zeigen, dass Simitis' persönliche Ausstrahlung stärker ist als der ideologisch-politische Einfluss der PASOK. Nach denselben Befragungen ist Simitis populärer als der gegenwärtige Führer der Nea Dimokratia, *Miltiadis Evert*. Das ist um so interessanter, als die Nea Dimokratia als Partei in der Gunst der Wähler gegenüber der PASOK einen gewissen Vorsprung haben soll. Die Nea Dimokratia hat angesichts der Popularität Simitis', der auch von einflussreichen Repräsentanten der Geschäftswelt unterstützt wird, einen nicht leichten Stand. Der Gründer der Nea Dimokratia, *Konstantinos Karamanlis*, hatte seinerzeit erklärt, die Ideologie dieser Partei sei der radikale Liberalismus, der sich zwischen dem traditionellen Liberalismus und dem demokratischen Sozialismus befindet. Der radikale Liberalismus blieb allerdings schon wegen der Heterogenität der Partei eine weitgehend inhaltsleere Lösung. Der ideologische Krieg war meistens dogmatisch und vielfach unaufrichtig, weil mit populistischen Hintergedanken und persönlichen Rivalitäten verbunden. Darunter leidet die Rechtsopposition noch immer.

Simitis weiß das. Er will davon profitieren, indem er der PASOK ein neues Gesicht verleiht, das Gesicht einer modernen Partei. Er und seine Vertrauten verstehen sich als Modernisten. Sie betonen die Notwendigkeit der Schaffung einer neuen PASOK. Bestimmte Beobachter erblicken darin den Beginn einer Umwälzung, die im gesamten politischen Spektrum Auswirkungen zeitigen könnte. Es ist kein Geheimnis, dass bestimmte Gegner Everts in der Nea Dimokratia das politische Experiment von Simitis nicht ungern sehen. Es wäre andererseits zumindest verfrüht, eine gewissermassen zuverlässige Prognose über die zirkulierenden Szenarien betreffend «Änderungen in der politischen Landschaft» zu stellen. Sicher ist nur, dass der Übergang von Papandreu zu Simitis einen weiteren Schritt in der Richtung dessen bedeutet, was viele Griechen «Abschied von den Charismatikern» nennen. Eine neue politische Ära hat zweifellos begonnen. Wie diese Ära aussehen wird, kann im Moment niemand mit Sicherheit sagen. ♦

PAVLOS TZERMIAS ist Verfasser zahlreicher Bücher über Geschichte, Politik und Kultur Griechenlands und Zyperns. Er lehrte von 1965 bis 1995 an der Universität Freiburg i.Ü. und von 1984 bis 1992 auch an der Universität Zürich. Von 1977 bis 1979 leitete er das Europäische Kulturzentrum in Delphi. Während Jahrzehnten war er Griechenlandkorrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung».

Ludwig Watzal

«FRIEDEN» ZWISCHEN ISRAEL UND PALÄSTINA

Die israelischen Wahlen endeten für die westlichen Beobachter mit einer Überraschung. Nicht ihr «Visionär», Ministerpräsident *Shimon Peres*, gewann, sondern der vermeintliche «Hardliner» vom konservativen Likud-Block, *Benjamin Netanyahu*; so weit das Stereotyp. Besorgt fragten sich die Kommentatoren, ob denn nun der Friedensprozess zu Ende sei. Hatten sie nicht zusammen mit *Bill Clinton* und *Yassir Arafat* auf Peres gesetzt? So reagierten sie alle etwas einsilbig und ergingen sich in hektischer Betriebsamkeit nach dem Bekanntwerden des Wahlergebnisses; Arafat jedenfalls stand der Schock noch Tage danach ins Gesicht geschrieben. Er hätte doch wissen müssen, dass dies nicht nötig gewesen wäre, denn auch von Peres hätten die Palästinenser niemals ihren ersehnten Staat bekommen. Deshalb ist der Wahlsieg durch den Likud-Block auch so wichtig, weil jetzt die Weltöffentlichkeit erfährt, was die wirklichen Ziele der israelischen Regierung sind.

Netanyahus sogenannte vier «Nein» unterscheiden sich im Endergebnis in nichts von den Zielen der Arbeitspartei. So ist Netanyahu gegen einen Palästinenserstaat, Peres war es auch. Beide sind für Jerusalem als «ewige Hauptstadt» Israels. Netanyahu ist für die Schaffung neuer Siedlungen, Peres redete nicht darüber, sondern verdoppelte die Zahl der Siedler in den letzten vier Jahren. Netanyahu ist gegen den Rückzug vom Golan, Peres wollte die Frage durch ein Referendum entscheiden lassen. Unter seiner Regierung wurden Milliarden von Shekel dort investiert. Beide sind gegen ein Rückkehrrecht für die Palästinenser. Bei soviel Übereinstimmung besteht kein Grund zur Besorgnis über einen radikalen Wandel in der israelischen Politik. Völlig zu Recht schreibt *Tanja Reinhardt*, Professorin an der Universität von Tel Aviv, zum «Unterschied» zwischen Arbeitspartei und Likud-Block, dieser liege in der «Ablösung eines politischen Kampfes zwischen zwei Ideologien durch eine imaginäre Schlacht zwischen zwei verschiedenen Methoden, die gleiche Ideologie durchzusetzen».

Die Wahlen haben auch gezeigt, dass die israelische Gesellschaft gespalten ist und einen Rechtsruck vollzogen hat. Insbesondere das religiös-nationalistische und religiös-fundamentalistische Lager haben erheblich Stimmen hinzu gewonnen; ebenso die antizionistischen Parteien. In den kommenden Jahren stellt sich für Israel die Frage, ob sich das Land weiterhin als säkulare westlich orientierte Gesellschaft oder aber als eine religiöse verstehen will. Sollte es darüber zu keiner Einigung kommen,

könnte dem Land ein «Kulturkampf» bevorstehen. Ob der Zionismus oder der nationale und religiöse Fundamentalismus diese Auseinandersetzung gewinnen wird, ist noch völlig offen. Nicht ohne Grund hatte Präsident *Ezer Weizman* eine Regierung der nationalen Einheit gefordert.

Die Zusammensetzung der Netanyahu-Regierung zeigt, dass die Extremisten das Sagen haben. Einen Tag nach der Wahl sagte *Ariel Sharon* im Fernsehsender CNN, dass Arafat ein «Terrorist» und «Kriegsverbrecher» sei, mit dem man nicht verhandeln dürfe, und Sharon leitet das für ihn neugeschaffene «Infrastrukturministerium» das sowohl für Israel als auch die besetzten Gebiete und teilweise für den Siedlungsbau zuständig ist. Den Bau zweier Hauptverkehrsadern, welche die autonom-besetzten Gebiete weiter zerstückeln werden, hat Sharon bereits angekündigt. Die Öffentlichkeit muss sich jedenfalls daran gewöhnen, dass nun die alten Mythen vom religiösen Anspruch auf Judäa und Samaria, wie die Nationalisten und Fundamentalisten die Westbank nennen, wieder zum Leben erweckt werden; auch die Rhetorik von einem «Gross-Israel» wird wieder öfter zu hören sein, als dem Westen lieb sein kann. Warum keine der westlichen Regierungen öffentlich erklärt hat, dass es keinen religiösen Anspruch auf Territorium mehr gibt, ist unverständlich.

Der Friedensprozess ist am Ende,
weil er von Anfang an
kein Prozess zwischen Gleichen
gewesen ist.

Der Westen und auch die Palästinenser sollten sich keinerlei Hoffnungen auf Fortschritte hingeben, solange sich Netanyahu mit Leuten wie *Zevulun Hammer*, *Ariel Sharon* und *Raphael Eitan* sowie militärischen Siedlervertretern und extremistischen Rabbinern umgibt, die den Massenmörder *Baruch Goldstein* zu ihrem Idol erkoren haben. Der Friedensprozess ist am Ende, weil er von Anfang an kein Prozess zwischen Gleichen gewesen ist. Er konnte nur fortgesetzt werden, weil er auf der Unterwerfung der Palästinenser beruhte, und dies ironischerweise von diesen auch akzeptiert worden ist. Es wird zwar

irgendeine Entwicklung weitergehen, die aber mit Frieden wenig zu tun haben wird.

Warum kann man eine Entwicklung, die als «Friedensprozess» bezeichnet wird, so negativ einschätzen? Von einem politischen Analytiker muss man Realismus erwarten. Wer die Dokumente wirklich gelesen hat, kann nur zu dem Schluss kommen, dass sie nicht Ausdruck von politischer Emanzipation der Palästinenser sind, sondern nur eine dauerhafte politische, wirtschaftliche und soziale Unterwerfung symbolisieren; sie sind hochgradig asymmetrisch. Die Dokumente vermitteln den Eindruck, dass es sich bei den besetzten Gebieten um Territorien handelt, auf die beide Parteien den gleichen Anspruch haben. Wer geglaubt hat, dass Israel bei den in den bisher geschlossenen Abkommen umstrittenen und ausgeklammerten Streitfragen wie dem Status von Jerusalem, den Siedlungen, einem Palästinenserstaat oder dem Rückkehrrecht der Palästinenser nachgeben würde, muss nur aufmerksam die Reden von Shimon Peres und Benjamin Netanyahu lesen, um das Gegenteil festzustellen.

*Die von den Palästinensern
erhofften Investitionen
sind weitgehend ausgeblieben.*

Arafat wird von Israel nur noch dann Konzessionen erhalten, wenn er für Sicherheit – im Sinne Israels – sorgt. Dies ist auch die einzige Rolle, die Arafat in den Dokumenten zugewiesen worden ist, d.h. er muss die Opposition gegen den Friedensprozess mit allen Mitteln niederhalten, was er auch mit seinen sechs bis neun Geheimdiensten tut. Unter Arafats Regime herrschen Chaos, Willkür und Rechtsunsicherheit. Folter und die Unterdrückung der eigenen Bevölkerung gehören zum Alltag der Palästinenser; sieben Palästinenser sind bereits von Arafats Folterknechten (Geheimdiensten) getötet worden. Insbesondere nach den Terroranschlägen der Hamas vom Februar und März liess Arafat Massenverhaftungen vornehmen. Die meisten dieser Verhafteten sitzen noch heute in den Gefängnissen, ohne einen Anwalt gesehen zu haben. Einige wurden durch das ominöse «Staatssicherheitsgericht» aburteilt. Dieses Gericht wurde auf Druck der USA und Israels eingerichtet und widerspricht allen Regeln der Rechtsstaatlichkeit.

Die Rolle, die die ehemalige Peres-Regierung den Palästinensern zugeschrieben hatte, unterscheidet sich in nichts von der, welche die Netanyahu-Regierung ihnen zuweisen will. Deshalb kann *Meron Benvenisti*,

ehemaliger Vize-Bürgermeister von Jerusalem, in Ha'aretz vom 26. Oktober 1995 schreiben, dass der Unterschied zwischen beiden politischen Lagern nur darin bestehe, dass man den Palästinensern entweder eine bedingungslose Kapitulation auferlegt oder ihnen eine etwas grosszügigere Form der Kapitulation zumutet. Die Vereinbarungen von Oslo, Kairo und Taba haben somit das palästinensische Problem nicht gelöst. Der historische Rückschlag für das palästinensische Selbstbestimmungsrecht ist irreversibel, da er von der eigenen Führung initiiert worden ist. Der Konflikt wurde von der internationalen auf eine bilaterale Ebene herabgestuft; hier können die Palästinenser als die machtpolitisch Schwächeren nur das Nachsehen haben. Ihre vorteilhafte und gerechtfertigte völkerrechtliche Position wurde leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Nach der Unterzeichnung der Verträge ist sie unwiderruflich dahin.

Der Optimismus und die Euphorie kurz nach der Unterzeichnung der «Prinzipienerklärung» vom September 1993 waren durchaus berechtigt, solange man den vollständigen Text der Vereinbarung nicht kannte. Von dieser Aufbruchsstimmung ist nichts mehr geblieben. Allseits herrscht Frustration. Auch auf wirtschaftlichem Gebiet sind nur Negativrekorde zu vermelden. So beträgt die Arbeitslosigkeit zwischen 50 und 60 Prozent. Infolge der permanent möglichen totalen Abriegelung kann kaum ein Palästinenser die autonom-besetzten Gebiete verlassen. Wenn Netanyahu ankündigt, er wolle die Totalabriegelung etwas lockern, so entspricht dies ganz der Likud-Ideologie, die niemals etwas von der Separierung der beiden Völker gehalten hat, weil ja angeblich «religiöse Rechtstitel» auf die Westbank bestünden.

Die von den Palästinensern erhofften Investitionen sind weitgehend ausgeblieben; sie fliessen statt dessen nach Israel und teilweise nach Jordanien. Welcher Unternehmer will schon in ein Gebiet investieren, das ständig willkürlich abgeriegelt werden kann und in das man weder hinein noch hinaus kommt? Wenn Arafat überhaupt Geld erhält, dann für sein inzwischen auf 70 000 Mann (40 000 Polizei und Sicherheitsdienste; 30 000 Bürokratie) angewachsene militär-politisches Sicherheitestablishment, aber nicht für Investitionen zum Nutzen seines Volkes. So werden im Augenblick die westlichen Gelder hauptsächlich dafür verwendet, Arafats neu entstehende bürokratisch-militärische Klasse zu unterstützen. Die spärlichen Investitionen sind nicht dazu angetan, Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze zu schaffen.

In den meisten westlichen Medien werden die Tatsachen vor Ort totgeschwiegen, insbesondere in den USA und Deutschland. Nur wenige Medien berichten unvoreingenommen über die tatsächlichen Vorgänge wie die «*Neue Zürcher Zeitung*» durch ihre

Korrespondenten. So wird der Eindruck vermittelt, als sei das israelische Besetzungsregime beendet; dem ist jedoch nicht so. So wurde zum Beispiel keine Siedlung aufgelöst; sie sind exterritorial. Neben den Palästinensern leben weiter israelische Siedler, für die israelisches Recht gilt, die in ethnisch reinen Siedlungen leben und auf ethnisch reinen Strassen fahren werden. (In den Siedlungen wie auch den Kibbuzim dürfen nur jüdische Israelis leben; auf den neu gebauten Umgehungsstrassen in den autonom-besetzten Gebieten dürfen nur jüdische Israelis fahren. So etwas gab es nicht einmal in Südafrika!) Die palästinensischen Behörden haben über die Siedler keinerlei Jurisdiktion oder polizeiliche Gewalt. So hat die Arafat-Behörde über etwa 40 Prozent des Gaza-Streifens keine Verfügungsgewalt. Etwa 4500 Siedler befinden sich auf etwa dem gleichen Gebiet auf dem über 934 000 Palästinenser existieren bzw. vegetieren müssen. Gleiches gilt für die Westbank.

Die Westbank wurde in drei Zonen eingeteilt. Zone A, sie macht drei Prozent des Gebietes aus, haben die Palästinenser das ausschliessliche Sagen. In der Zone B, in der etwa 430 Dörfer liegen, können die Palästinenser nur über ihre Zivilangelegenheiten bestimmen, die Sicherheit bleibt unter der Kontrolle Israels. In der Zone C, in der alle Siedlungen liegen, haben die Palästinenser keinerlei Mitspracherecht. Insgesamt bestimmen die Palästinenser jetzt über 30 Prozent des Territoriums. Damit dürften sie fast schon das Optimum erreicht haben.

Abschliessend soll noch ein Blick auf die Respektierung der Menschenrechte geworfen werden. Dies sollte bei einem Friedensprozess eigentlich überflüssig sein. Leider ist dies nicht der Fall. Die Menschenrechtsverletzungen seitens der israelischen Besatzungsmacht gegenüber den Palästinensern gehen unvermindert weiter; dies hat der Verfasser in seinem Buch «Frieden ohne Gerechtigkeit? Israel und die Menschenrechte der Palästinenser» (Böhlau, Köln 1994) im Detail dokumentiert. Daran hat sich auch während des Friedensprozesses nichts geändert. Das Neue jedoch ist, dass jetzt die Arafat-Behörde die Menschenrechte ihrer eigenen Landsleute auf das schwerste verletzt. Arafats diverse Geheimdienste sind gelehrige Schüler des israelischen Geheimdienstes geworden, bis ins Detail ahmen sie diesen nach. Es findet eine intensive Zusammenarbeit statt.

Da auch die Menschenrechtspolitik generell in den internationalen Beziehungen weniger geachtet wird, besteht nur geringe Hoffnung, dass sich die europäischen Staaten oder die USA stärker für die Achtung der Menschenrechte in der Region einsetzen. Ohne einen massiven Druck von aussen wird es aber keine Besserung vor Ort geben. Deshalb ist zu befürchten, dass in diesem Friedensprozess die Menschenrechte auf der Strecke bleiben. Zu Optimismus besteht in diesem «Friedensprozess» schon lange kein Grund mehr. ♦

LUDWIG WATZAL, Dr. phil., ist Redaktor und freier Journalist in Bonn.

Wer übernimmt Patenschaftsabonnemente?

Immer wieder erreichen uns Anfragen von Lesern oder Einrichtungen (zum Beispiel Bibliotheken), welche die Schweizer Monatshefte aus finanziellen Gründen nicht regelmässig beziehen können. Es ist uns nicht möglich, alle Wünsche zu erfüllen. Deshalb sind wir auf Ihre Mithilfe angewiesen. Unser Vorschlag: Übernehmen Sie ein Patenschaftsabonnement der Schweizer Monatshefte für Fr. 89.– (Ausland Fr. 110.–). Rufen Sie uns bitte an. Wir nennen Ihnen gerne Interessenten. Sie können uns auch einfach die diesem Heft beigelegte Geschenk-Abo-Karte mit oder ohne Nennung eines Begünstigten zusenden. Vielen Dank!

*Unsere Adresse: Schweizer Monatshefte, Administration, Vogelsangstrasse 52, 8006 Zürich
Telefon 01/361 26 06, Telefax 01/363 70 05*